

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 43/19-23) des Beirates Neustadt
am Donnerstag, den 15.12.2022,

in der Mensa/Aula in der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, von 19:00 bis 21:00 Uhr

Anwesend:

Hadis Halep
Ulrike Heuer
Lars Köke
Bithja Menzel

Janne Müller
Jens Oppermann
Johannes Osterkamp
Britta Schmidt

Annette Yildirim

Fehlend: Robert Mero (e), Sascha Uecker (e), Ingo Mose (e), Anke Maurer (e), Ramona Seeger (e), Renee Wagner, Wolfgang Schnecking (e), Wolfgang Meyer

Referent:innen: Herr Kramer (Amt für Soziale Dienste), Frau Frank (Johanniter Unfallhilfe e.V.), Herr Eisenhut (AWO Bremen), Frau Vollmer (von der Senatorin für Soziales), Frau Biermann (von der Senatorin für Kinder und Bildung)

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Fionn Heinemann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Der Ortsamtsleiter beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um folgende Punkte:

- Stellungnahme zum GEP 2030
- Beschlussfassung zum möglichen Vorliegen eines Mitwirkungsverbotes des Beiratsmitgliedes Annette Yildirim in Bezug auf die Abstimmung zur Straßenumbenennung der Langemarckstraße

Jens Oppermann beantragt die Vorziehung der Tagesordnungspunkte 11 und 12 und kritisiert die beantragte Erweiterung der Tagesordnung aufgrund der bestehenden Fülle als „nicht machbar“. Seiner Meinung nach bestehe keine Notwendigkeit für eine Stellungnahme zum GEP, da der Fachausschuss Kultur, Arbeit, Wirtschaft diesbezüglich eine Kenntnisnahme empfehle. Das Mitwirkungsverbot sei wiederum Teil des Tagesordnungspunktes 4 (Straßenumbenennung der Langemarckstraße).

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit der Sitzung wird festgestellt und die Tagesordnung wird mit den vom Ortsamtsleiter vorgeschlagenen Änderungen und der von Jens Oppermann beantragten Vorziehung der Tagesordnungspunkte 11 + 12 genehmigt. (8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 2. Genehmigung des Protokolls vom 17.11.2022 (Nr. 42/19-23)

Jens Oppermann bittet um die der Geschäftsordnung entsprechende Änderung des Protokolls unter Tagesordnungspunkt 5 „Initiativantrag des Beirates Neustadt, Grabpflege und Blumenschmuck der Grabstelle der Familie Dickel“ um Dokumentation des Beschlusses im Wortlaut. Zudem bittet er darum, den [Antrag](#) als Anlage zum Protokoll vom 17.11.2022 hinzuzufügen und das geänderte Protokoll entsprechend zu dokumentieren.

Beschluss: Der vorliegende Protokollentwurf wird mit der beschriebenen Änderung genehmigt. (einstimmig)

TOP 3. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

- **Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**
-
- **Berichte der Beiratssprecher**
-
- **Berichte des Amtes**
-

TOP 4. Stellungnahme zur Verteilung der Fördermittel für die Offene Jugendarbeit in 2023

Einleitend stellt Herr Kramer dar, dass der Jugendhilfeausschuss im vergangenen Jahr aufgrund eines veränderten Sozialindex einen neuen Verteilungsschlüssel für die Fördermittel der Offenen Jugendarbeit beschlossen habe. Um die angespannte finanzielle Lage nicht weiter zu verschärfen seien die Gelder in der Neustadt jedoch zunächst nicht gekürzt worden, obwohl sich der Stadtteil im Index verbessert habe. Dieses Moratorium gelte für 2022 und 2023, sodass zunächst das gleiche Stadtteilbudget wie im Jahr 2021 erhalten bleibe. Aufgrund der Preissteigerungen / Inflation sei dies jedoch praktisch eine Kürzung des Budgets. Der Jugendhilfeausschuss habe zwei [Mittelverteilungsvorschläge](#) im Controllingausschuss vorgestellt. Dieser habe sich dann für Vorschlag A entschieden, wobei die stimmberechtigten Beiratsmitglieder im Controllingausschuss nicht zugestimmt haben.

Außerdem stellt Herr Kramer dar, dass eine Umsetzung des neuen Sozialindex einen Rückgang der zur Verfügung stehenden Mittel für die Neustadt um 200.000€ bedeuten würde. Weiterhin wird erläutert, dass die Verteilung der Einrichtungen in der Neustadt nicht den Bedarfen der Jugendlichen entspreche und eine Konzentration von Angeboten in der zentralen Neustadt einem Mangel an Angeboten in den Randgebieten der Neustadt entgegenstehe.

Johannes Osterkamp (Grüne) führt aus, dass er selbst bereits seit 7 Jahren im Controllingausschuss Mitglied sei und die Mittel schon immer knapp seien. Die Lage habe sich verschärft und die aktuellen Zahlen stellen eine „kalte Kürzung“ dar. Aufgrund der Corona-Pandemie haben sich die realen Bedarfe bei den Jugendlichen jedoch erhöht. Mit den jetzigen Mitteln drohe die Schließung eines Angebotes. Daher haben sich die Beiratsmitglieder im Controllingausschuss hinsichtlich des Mittelverteilungsvorschlages im letzten Jahr bereits enthalten. Die vorliegenden Anträge verdeutlichen, dass sich etwas ändern müsse. Herr Osterkamp bedankt sich trotz der Ablehnung jedoch für die Transparenz und die gute Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Dienste in Person von Herrn Kramer.

Jens Oppermann (SPD) führt aus, dass das Sozialzentrum mit massiven Personalproblemen zu kämpfen habe und daher Prioritäten zugunsten des Schutzes von Kindern gesetzt werden mussten. Aus Sicht des Beirates müsste das Stadtteilkonzept zu den Angeboten passen. Alle seien sich einig über die Inhalte. Es sei schlicht zu wenig Geld vorhanden und dies sei bereits vor Einführung der Sozialindikatoren bekannt gewesen. Als Beirat müsse man nun ein Zeichen in die Öffentlichkeit senden, dass Jugendliche in der Neustadt einen Anspruch auf die Angebote der Offenen Jugendarbeit haben.

Anschließend wird über die vorliegende [Stellungnahme](#) abgestimmt.

Beschluss: Der Beirat Neustadt lehnt den Mittelverteilungsvorschlag des Sozialzentrums Süd für die stadtteilbezogene Offene Jugendarbeit im Jahr 2023 ab. Die vorgesehene Mittelverteilung ermöglicht es keinem der zu fördernden Träger das Angebot der Offenen Jugendarbeit im geplanten Umfang umzusetzen. Damit gibt es für die Jugendlichen in der Neustadt keine Angebote, die dem Bedarf entsprechen. Die vorgeschlagene Mittelverteilung verschleiern die dramatische Lage der Jugendförderung in der Neustadt. Die vom Haushaltsgesetzgeber bereitgestellten Mittel für die Jugendförderung sind nicht ausreichend und dieser Mangel bedeutet für die Neustadt perspektivisch die Schließung eines Angebots. Die geförderten Träger haben in der Corona-Zeit unter Beweis gestellt, dass sie in der Lage sind, ihre Angebote kurzfristig an die Krisensituation anzupassen und haben Jugendlichen so ein wichtiges unterstützendes Angebot offeriert. Es hat sich gezeigt, dass die Angebote für Jugendliche in der Neustadt erhalten und ausgebaut werden müssen. Die im SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) bundesgesetzlich festgelegte Förderverpflichtung wird nicht erfüllt. Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Jugend auf, für das Jahr 2023 weitere Mittel für die stadtteilbezogene Offene Jugendarbeit im laufenden Haushalt bereit zu stellen. Für die Haushaltsjahre ab dem Jahr

2024 sind bei den anstehenden Haushaltsberatungen Mittel für eine dem tatsächlichen Bedarf der stadtteilbezogenen Offenen Jugendarbeit entsprechende Förderung einzustellen. (einstimmig)

TOP 5. Haushaltsanträge

Der vorliegende [Beschlussvorschlag](#) wird verlesen und anschließend abgestimmt.

Beschluss: Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Jugend auf, bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2024 den Mittelansatz für die stadtteilbezogene Offene Jugendarbeit um mindestens 20% zu erhöhen. Dies ist notwendig, da der Bedarf an Angeboten der Offenen Jugendarbeit steigt und die steigenden Energie- und Personalkosten ohne eine solche Erhöhung zu einer faktischen Reduzierung des Angebots führen. Die im SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) bundesgesetzlich festgelegte Förderverpflichtung muss erfüllt werden. (einstimmig)

TOP 6. Beschlussfassung zum möglichen Vorliegen des Mitwirkungsverbot eines Beiratsmitgliedes

Annette Yildirim hat auf der Beiratssitzung am 13.10.2022 erklärt, dass sie ehrenamtlich das Amt der Kassiererin für die Georg-Elser-Initiative ausübt. Sie hat das Ortsamt gebeten zu prüfen, ob hieraus ein Mitwirkungsverbot für sie resultiert. Nach Prüfung durch das Ortsamt und Rücksprache mit der Senatskanzlei entsteht aus einer Mitwirkung von Frau Yildirim an der Entscheidung zwar kein unmittelbarer Vorteil oder Nachteil für sie persönlich oder die Georg-Elser-Initiative. Unter § 20 Mitwirkungsverbot (4) des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter ist geregelt: „Wer annehmen muss, nach Absatz 1 oder 2 an der Beratung und Entscheidung gehindert zu sein, hat dies der Ortsamtsleitung mitzuteilen. Ob ein Mitwirkungsverbot besteht, entscheidet der Beirat.“ Daher bittet der Ortsamtsleiter um entsprechende Abstimmung. Frau Yildirim nimmt während der Beratung und Abstimmung im Publikum Platz.

Frau Müller (Grüne) stellt die Nachfrage, ob Frau Yildirim zum Vorstand des Vereines gehöre. Dies wird von Frau Yildirim bejaht. Dieser Faktor sei grundsätzlich jedoch nur relevant wenn ein direkter Vorteil für die Person erwächst, was im Falle der Umbenennung nicht gegeben sei.

Da sie dem Vorstand der Initiative angehört, werden von mehreren Beiratsmitgliedern Bedenken über die Beteiligung von Frau Yildirim an der Abstimmung geäußert.

Es folgt die Abstimmung über das Mitwirkungsverbot. Der Beirat spricht sich mehrheitlich dafür aus, dass sich Frau Yildirim nicht an der Abstimmung zur Umbenennung der Langemarckstraße beteiligen darf. (0 Ja- Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Straßenumbenennung Langemarckstraße: [Antrag](#) der Georg-Elser-Initiative und Beschlussfassung zum vorliegenden [Beschlussvorschlag](#)

Herr Maly stellt kurz die seit der Vorstellung der Initiative im Beirat am 13.10.2022 geäußerten Bedenken und Hinweise aus der Bevölkerung zur möglichen Änderung vor. Insgesamt bestehe einerseits große Zustimmung, andererseits aber auch viele Bedenken, welche insbesondere den mit einer Umbenennung verbundenen bürokratischen Aufwand für Anwohnende betreffen. Diesbezüglich sei Herr Maly mit dem Staatsrat für Inneres (Herrn Bull) im Gespräch. Dieser habe einen Gesprächstermin mit dem Ortsamtsleiter zugesagt. Auch mit dem Bürger-Service-Center werde ein Termin stattfinden, um die Verfahren für die Bürger:innen möglichst anwohnerfreundlich zu gestalten. Zudem solle mit einer Umbenennung nicht das Gedenken an das getilgt werden, was mit dem Namen „Langemarck“ verbunden sei. Das Andenken an die Gräuel der Schlachten des ersten Weltkrieges und die gefallenen Soldaten sollten weiterhin aufrechterhalten und gestärkt werden. Die Initiative habe 100.000 Euro für diverse Bedarfe von Bürger:innen zur Verfügung und sei zudem bereit ein „Hilfebüro“ einzurichten, um z.B. Dokumente zu drucken und Briefe zu versenden. Die Unterstützung könne auch auf einem Flyer dokumentiert werden. Hierfür bedürfe es jedoch zunächst weitere Planung und Kommunikation mit dem Stadtamt.

Jens Oppermann (SPD) bedankt sich für das Ansinnen der Initiative und erläutert, dass der „Mythos Langemarck“ eine Erfindung von den Nationalsozialisten sei und die Benennung der Straße daher auf einer

zu Propagandazwecken erdachten Lüge beruhe. Insbesondere vor diesem Hintergrund sei es zu begrüßen, dass die Straße nach Georg Elser, einem Attentäter auf Adolf Hitler, benannt werden soll.

Weiterhin fordert Jens Oppermann, dass über den Antrag der Georg-Elser-Initiative nicht abgestimmt wird, da nur Anträge von Beiratsmitgliedern zulässig seien. Eine weitere Debatte über die Zulässigkeit des Antrags der Georg-Elser-Initiative wird nicht geführt, da der Beschlussvorschlag der Beiratssprecher zur Umbenennung der Langemarckstraße inhaltlich dem der Georg Elser Initiative entspricht und diesen noch weiter ausführt.

Beschluss: Der Beirat Neustadt unterstützt den Antrag der Georg-Elser-Initiative, die Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee umzubenennen. Er teilt alle Argumente, die dafür vorgetragen wurden und wünscht eine Umbenennung der Straße zum nächstmöglichen Zeitpunkt. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Beirat seinen früheren Beschluss, die Langemarckstraße im Bereich zwischen der Hochschule Bremen und der Bürgermeister-Smidt-Brücke auf geeignete Weise städtebaulich aufzuwerten und insbesondere durch die Anpflanzung von Bäumen, entlang der gesamten Straße, die Aufenthaltsqualität des Straßenraumes deutlich zu erhöhen. Hiermit würde auch dem Charakter einer Allee Rechnung getragen, wie sie im neuen Namen der Straße angesprochen wird und die es in dieser Form früher auch gegeben hat. Der Beirat Neustadt nimmt den von einzelnen Bürger:innen genannten Wunsch auf, an ausgewählten Stellen und in geeigneter Form, auf den Mythos Langemarck hinzuweisen. (einstimmig)

Im Anschluss an die Beschlussfassung wird von einem Bürger eine Nachfrage hinsichtlich der Pläne zur Neugestaltung geäußert. Er möchte wissen, warum der Bereich zwischen Hochschule und Neuenlander Straße nicht ebenfalls fokussiert werde. Bithja Menzel (Grüne) erklärt hierzu, dass sich der Beirat insbesondere auf ein bestehendes Projekt der Hochschule Bremen beziehe, das den Bereich zwischen Bürgermeister-Smidt-Brücke und Hochschule ins Auge fasse. Von Jens Oppermann wird hinzugefügt, dass der Beirat sich bereits vor einigen Jahren mit der gesamten Langemarckstraße beschäftigt habe. Die im Antrag enthaltenen Pläne beziehen sich lediglich auf den Impuls der Hochschule Bremen und verdeutlichen, dass sich die Umbenennung und das Projekt der Hochschule gut ergänzen.

TOP 7. Straßenbenennungen für

a) Erschließung des Scharnhorst-Quartiers (B-Plan 2417), Straße: Niedersachsendam dazu: Beschlussfassung aus den Vorschlägen der Beiratsfraktionen

Das von der Ortsamtsleitung vorgeschlagene Wahlverfahren (Stimmzettel zur Abstimmung über die 11 vorliegenden Namen und dann Abstimmung per Handzeichen über die zwei Namen mit den meisten Stimmen) wird abgelehnt.

Hinsichtlich des Abstimmungsverfahrens der vorliegenden Namensvorschläge wird von mehreren Beiratsmitgliedern angeregt, nur die von den anwesenden Fraktionen vorliegenden Vorschläge abstimmen zu lassen, da von der CDU-Fraktion lediglich eine Liste mit nicht genauer zugeordneten acht Namen vorliege.

Da sich die anwesenden Beiratsmitglieder hinsichtlich dieses Verfahrens einig sind, wird anschließend von Annette Yildirim (SPD) der folgende Vorschlag der SPD vorgestellt:

Für die Straßenbenennung Verlängerung Niedersachsendam – Scharnhorstquartier schlägt die SPD gemäß des vorliegenden [Beschlussvorschlages](#) den Namen „Selma Zwienicki“ vor. Begründung: Selma Zwienicki ist eine von fünf Bremer:innen, die in der Reichspogromnacht 1938 ermordet wurden. Sie ist in Hamburg geboren und zog nach der Eheschließung zu ihrem Mann nach Bremen. Dort kauften sie sich ein Haus in der Hohentorstraße und eröffneten ein Fachgeschäft für Fahr- und Motorräder, das sie bis zu ihrer Ermordung trotz vieler Schwierigkeiten betrieben. In der Reichspogromnacht vom 9. auf

den 10. November 1938 wurde Selma Zwienicki von der SA ermordet, weil sie sich schützend vor ihre Kinder stellte und den Aufenthaltsort ihres Ehemannes, dem kurz zuvor noch die Flucht aus der Wohnung gelang, nicht verraten konnte. An Selma Zwienicki wird am Mahnmal an der Dechanatstraße erinnert.¹

Anschließend stellt die im Publikum anwesende sachkundige Bürgerin der Fraktion DIE LINKE den Vorschlag ihrer Fraktion vor: Karoline Schwartz (5.1.1906-Mai 1945). Sie war Kassiererin der KPD in Bremen, wurde - vermutlich im Zuge von Massenverhaftungen* - nach zehnmonatiger Untersuchungshaft weitere zweieinhalb Jahre im Zuchthaus Lübeck und anschließend im Arbeitslager Moringen inhaftiert. *allein bis 1935 wurden über 400 Mitglieder der Arbeiterparteien und ihnen angeschlossenen Organisationen aus Bremen, mehr als zwei Drittel von Ihnen Kommunisten, vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht und dem Volksgerichtshof wegen illegaler politischer Tätigkeit angeklagt und - von wenigen Ausnahmen abgesehen – verurteilt

Für die Fraktion der Grünen stellt ein Beiratsmitglied den folgenden Vorschlag vor: Christine Bernbacher, geb. am 19.12.1930 Hannover - 12.9.2013 Bremen. Seit 1958 aktive Atomkraft-Gegnerin, Umweltschützerin und Friedenskämpferin, sowie. Mitbegründerin der Partei Die Grünen. Langjähriges Mitglied im Beirat Schwachhausen und in der Bremischen Bürgerschaft und von 1991 bis 1995 auch deren Vizepräsidentin. Als Abgeordnete erreichte sie durch ihr Veto (damals waren Änderungen der Landesverfassung nur möglich durch einen einstimmigen Beschluss der Bürgerschaft), dass der Umweltschutz in die bremische Verfassung ohne einschränkende Formulierungen aufgenommen wurde. Mit ihrem Wirken und ihrem streitbaren, herzlichen und klugen Wesen war sie auch Vorbild und Wegbereiterin für viele Frauen in die Politik. Nähere Informationen finden sich hier: http://www.bremerfrauengeschichte.de/2_Biografien/Bernbacher.html

Abstimmung:

1. Karoline Schwartz (Anzahl der Stimmen: 1)
2. Selma Zwienicki (Anzahl der Stimmen: 4)
3. Christine Birnbacher (Anzahl der Stimmen: 4)

Von Jens Oppermann (SPD) wird darauf hingewiesen, dass eine alternative Abstimmung (gemäß Geschäftsordnung) nicht zulässig sei. Laut Geschäftsordnung müssen Fragen bei Abstimmungen zudem so gestellt werden, dass mit Ja oder Nein abgestimmt werden kann. Demnach hätte über jeden Vorschlag einzeln abgestimmt werden müssen.

Da die Abstimmung kein verwertbares Ergebnis hervorgebracht hat, wird sich nach kurzer Diskussion darauf verständigt, die Abstimmung zu vertagen und in den kommenden Wochen interfraktionell einen Konsensvorschlag vorzubereiten.

b) Benennung der Planstraße A auf dem Gelände des Neustadtsgüterbahnhof (B-Plan 2284)

dazu: Antrag von Peper und Söhne, Beschlussfassung zu Vorschlägen der Beiratsfraktionen, Antrag

Der Ortsamtsleiter gibt zunächst zur Kenntnis, dass die Investoren auf dem Gelände des Neustadtsgüterbahnhof den Vorschlag an den Beirat und das Ortsamt gerichtet haben, die Straße „Am Spurwerk“ zu nennen.

¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Selma_Zwienicki http://www.bremerfrauengeschichte.de/2_Biografien/Zwienicki.html

Anschließend wird der vorliegende [Beschlussvorschlag](#) der SPD verlesen, welcher von den Fraktionen Die Grünen und Die Linke mitgetragen wird.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über die Benennung der Straße nach Clara Jaschke.

Beschluss: Die Planstraße A auf dem Gelände des Neustadtsgüterbahnhof (B-Plan 2284) soll nach Clara Jaschke benannt werden, also zukünftig „Clara-Jaschke-Straße“ heißen.

Begründung: Clara Jaschke war eine der ersten Eisenbahnerinnen Deutschlands und Kämpferin für die Rechte der Frauen auf freie Berufsausübung. Daher passt sie sehr gut zu dem Gesamtkonzept des Geländes. „Die in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Schlesien geborene Clara Berta Anna Jaschke arbeitete in Berlin als Fahrkartenverkäuferin und zählte damit zu den ersten Eisenbahnerinnen in Preußen. Schon frühzeitig protestierte sie gegen die geringere Bezahlung für Frauen und deren eingeschränkte Möglichkeiten bei der Bahn. 1898 stimmte das Preußische Abgeordnetenhaus einer Petition zu, die Jaschke gemeinsam mit anderen Frauen eingereicht hatte. Dadurch wurde es möglich, dass Eisenbahnerinnen fest bei der Bahn angestellt werden. Die Diskriminierung von Frauen wurde damit allerdings nicht beendet; so erhielten sie beispielsweise immer noch deutlich weniger Geld als Männer.“² (einstimmig)

TOP 8. Vorstellung des Statusberichtes III durch Vertreterin der Senatorin für Kinder und Bildung

Die Vertreterin der Senatorin für Kinder und Bildung stellt den Statusbericht III anhand einer [Präsentation](#) vor.

Von Britta Schmidt (FDP) wird im Anschluss an die Präsentation die Frage gestellt, was mit Kindern passiert, die einen Rechtsanspruch haben, aber keinen Platz erhalten. Außerdem: Was geschieht hinsichtlich der nicht nutzbaren Räumlichkeiten aufgrund des Fachkräftemangels? Frau Biermann erklärt, dass es originäre Aufgabe ihres Referates sei, für ein ausreichendes Angebot zu sorgen. Dass gebaute Räume nicht benutzt werden können, sei wiederum auf den Fachkräftemangel zurückzuführen. Eine Maßnahme zur besseren Deckung der Bedarfe sei, verstärkt Tagespflegemütter zu vermitteln und Quereinsteiger:innen den Einstieg in die KiTa zu ermöglichen. Insgesamt stehe die Neustadt im Vergleich jedoch gut dar, was die Versorgung betrifft.

Johannes Osterkamp (Grüne) bestätigt die Schilderungen von Frau Biermann aus eigener Erfahrung als Vater und regt an, das Thema Fachkräftemangel als Tagesordnungspunkt für eine der kommenden Sitzungen des Fachausschusses Soziales, Bildung und Jugend zu nehmen.

TOP 9. Stellungnahme zur Interessenbekundung hinsichtlich der Kindertagesstättenentwicklung (Franz-Grashoff-Straße 4-8)

Frau Frank (Fachbereichsleitung der Johanniter Unfallhilfe) dankt zunächst für die Einladung und bringt ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass die Johanniter nun ihre erste Kita in Bremen eröffnen konnten. Ob noch weitere Kitas eröffnet werden, hänge vom Bedarf in den Stadtteilen ab.

Von Johannes Osterkamp (Grüne) wird geäußert, dass er sich sehr über den neuen Träger in Bremen freue, da in vielen Stadtteilen ein sehr hoher Bedarf bestehe. Auch freue man sich über die Geschwindigkeit bei der Umsetzung des Projektes. Der Standort werde ebenfalls begrüßt.

² https://de.wikipedia.org/wiki/Clara_Jaschke

Jens Oppermann (SPD) bringt seine Freude über den gut funktionierenden, provisorischen Vorläufer der geplanten KiTa zum Ausdruck und begrüßt in diesem Zusammenhang, dass den dortigen Kindern nun eine Zukunftsperspektive in der Franz-Grashoff-Straße geboten wird.

Hinsichtlich des Fachkräftemangels äußert Frau Frank, dass auch ihr Verein diesen zu spüren bekomme. Neueröffnungen seien jedoch grundsätzlich attraktiv für Arbeitnehmer:innen. Zudem komme das hauseigene pädagogische Konzept bei Erzieher:innen und Eltern sehr gut an, da man in der Kindeserziehung sehr freiheits- und bedürfnisorientiert handle.

Anschließend erfolgt die Verlesung des vorliegenden [Beschlussvorschlages](#) der SPD.

Beschluss: Der Beirat Neustadt begrüßt die Interessenbekundung der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. als Träger für eine KiTa am Standort Franz-Grashof-Straße. Aufgrund der umfassenden bundesweiten Erfahrungen des Trägers mit dem Betrieb von Kindertageseinrichtungen ist von der verlässlichen Erfüllung der Betriebs- und Fördervoraussetzungen auszugehen. Der Träger ist bislang nicht mit einem Angebot der Kindertagesbetreuung im Stadtteil tätig und ergänzt die bestehende Trägerlandschaft. Im benachbarten Ortsteil Buntentor betreibt die Johanniter-Unfallhilfe das „Begegnungszentrum Buntentor“, das sich mit unterschiedlichen Service- Angeboten an die Menschen im Stadtteil wendet. Der Beirat Neustadt erwartet, dass die bestehenden Vernetzungsstrukturen auch für die Kindertageseinrichtung nutzbar gemacht werden können. Der Beirat Neustadt begrüßt die Bereitschaft des Trägers, den freigezogenen Sofortprogramm Mobil-Bau Standort auf der Bezirkssportanlage Süd ab Dezember 2022 zu betreiben und so für die dort angebotenen Plätze eine Anschlussperspektive über den Standort Franz-Grashof-Straße zu bieten. (einstimmig)

TOP 10. Vorstellung Nutzung einer Sporthalle der HSB / Gelände der Lufthansa für Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Ausländer (umA)

Frau Vollmer von der Senatorin für Soziales schildert, dass seit Beginn des Jahres verstärkte Zugänge von umAs zu verzeichnen sind, wie es seit ca. 6 Jahren nicht mehr der Fall gewesen sei. Ca. 1/3 der Jugendlichen bleiben in Bremen und müssten entsprechend versorgt werden. Zur Entlastung der Erstaufnahmestelle in der Steinsetzerstraße, welche stark überbelegt sei, werde seit einigen Wochen mit der Bildungsbehörde nach Unterbringungsmöglichkeiten gesucht. Die Turnhalle der Hochschule Bremen sei ein Glücksfall, da die Nutzung keine Beeinträchtigung des Schulsports bedeuten würde. Die Turnhalle soll erstmalig von den Johannitern betrieben werden, hierzu laufen entsprechende Planungen. In der Halle sollen 40-50 Jugendliche untergebracht werden, von denen anschließend 2/3 umverteilt werden sollen. Dies soll auch durch den Fahrdienst der Johanniter übernommen werden.

Auf eine Frage zur pädagogischen Begleitung der Jugendlichen führt Frau Vollmer aus, dass pädagogische Kräfte eingesetzt werden und auch 2015/16 Turnhallen benutzt worden seien, die mit Trennwände versehen wurden. Durch den angrenzenden Sportplatz bestehe die Möglichkeit für Bewegung. Auch Sprachkurse seien mit den Johannitern bereits vereinbart. Die Jugendlichen seien zudem bereits darüber in Kenntnis, dass sie umverteilt werden, dies dauere zwischen wenigen Tagen und maximal zwei Wochen.

Auf Nachfrage des Ortsamtsleiters nimmt der Beirat die Planungen zur Kenntnis.

TOP 11. Nutzung des ehemaligen Staples-Marktes in der Duckwitzstraße 47

Herr Eisenhut (Fachbereichsleiter Asyl der AWO Bremen) beschreibt die Arbeit der AWO, welche verschieden Übergangswohnheime betreibt und nun kurzfristig für die Nutzung des ehemaligen Staples-Marktes angefragt wurde. Aufgrund des Zeit- und Personalmangels seien Ausstattung und Personal noch nicht ausreichend und die Belegung sehr eng. Die Notunterkunft solle bis Ende 2023 betrieben

werden und sei zurzeit nur notdürftig eingerichtet. Insgesamt sei die Lage aufgrund des großen Zustroms momentan sehr angespannt, sodass sich zum Beispiel die Verteilung auf andere Bundesländer verzögere. Zur Altersstruktur äußert Herr Eisenhut, dass ca. 1/3 der Bewohner:innen Kinder und Jugendliche seien.

Auf die Frage von Frau Yildirim (SPD), in welcher Form die Unterkunft unterstützt werden könne, nennt Herr Eisenhut den Bedarf an ehrenamtlichen Helfern, Decken sowie neuer/ungetragener Unterwäsche.

Johannes Osterkamp (Grüne) bedankt sich ausdrücklich für die wertvolle und fordernde Arbeit der AWO und bringt zum Ausdruck, dass der Beirat die Arbeit der Träger bei Bedarf gerne unterstütze. Entsprechende Anfragen könnten über das Ortsamt an den Beirat gerichtet werden.

Der Beirat nimmt die Nutzung des ehemaligen Staples-Marktes in der Duckwitzstraße zur Kenntnis.

TOP 12. Stellungnahme zum Antrag auf marktrechtliche Festsetzung der Veranstaltung „Trödelmarkt auf den Parkplatz EDU Center Duckwitzstraße“ für 2023

Der Ortsamtsleiter erläutert, dass laut Herrn Fritz (Vertreter des Marktbetreibers) das Konzept des Marktes in den Jahren 2020-2022 in seiner bisherigen Form aufgrund der Corona-Pandemie bestand (2x im Monat gewerblich, 2x im Monat privat). Für das Jahr 2023 soll eine Öffnung der Markttermine für alle Anbieter erfolgen, wobei mindestens 50% der Plätze für Privatanbieter zur Verfügung gestellt werden. Da keinerlei Platzprobleme bestünden, würden alle Anbieter zum Zuge kommen.

Daher empfiehlt der Ortsamtsleiter eine Kenntnisnahme. Da es keine weiteren Einwände gibt, nimmt der Beirat den Antrag zur Kenntnis.

TOP 13. Beschlussfassung zum Gleichrichterwerk in der Meyerstraße (Beschlussvorschlag aus dem Fachausschuss Umwelt, Bau, Mobilität):

a) Stellungnahme zum Neubau

Beschluss: Der Beirat Neustadt begrüßt den Neubau des Gleichrichterwerkes auf der bisher als Parkplatz genutzten Fläche an der Piepe im Buntentorsteinweg. Durch eine frühzeitige Beteiligung und die vorgestellte fachliche Planung konnten die Gründe für diesen Stand nachvollzogen und Alternativen abgewogen werden. Da der Parkplatz baurechtlich ohnehin nicht als solcher im Bebauungsplan vorgesehen ist, begrüßt der Beirat die Umwandlung der Fläche in einen Teil der Grünanlage. Zudem tritt auf Zustimmung, dass auf dem neuen Gebäude ein Gründach realisiert werden soll. (8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

b) Stellungnahme für den Erhalt des alten Gebäudes

Beschluss: Der Beirat hat den Wunsch, mit der BSAG über die Möglichkeit eines Erhalts und einer Nachnutzung des bisherigen Gleichrichtergebäudes in Kontakt zu treten. Der Beirat würde einen Abriss sehr bedauern. Das Gebäude ist prägend für den Zugang zum Buntentorsviertel und markiert den Zugang zur Kleinen Weser/Werdersee. Im Stadtteil besteht Interesse am Erhalt des Gebäudes, etwa für kulturelle und soziale Nutzungen. Der Beirat bittet die BSAG um eine Vermittlung an die Zuständigen für dieses Sondervermögen und ruft dazu auf, dass dort zunächst keine entgegenstehenden Entscheidungen getroffen werden. (einstimmig)

TOP 14. Stellungnahme zum GEP 2030

Der Ortsamtsleiter schildert, dass der Fachausschuss Kultur, Arbeit, Wirtschaft in seiner Sitzung am 24.11.2022 eine Kenntnisnahme empfohlen hat, da keine Bedenken hinsichtlich des GEP 2030 bestehen. Da keine weiteren Einwände geäußert werden, nimmt der Beirat den GEP 2030 zur Kenntnis.

TOP 15. Globalmittel: Initiativantrag 400 Jahre Neustadt

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem Stadtteilmanagement für den oben genannten Anlass die aus 2022 verbliebenen Globalmittel in Höhe von 2.446,50 € zur Vorbereitung/Erarbeitung eines Konzeptentwurfs zur Verfügung, der als „Klammer“ für alle Akteure aus dem Stadtteil dienen soll, die sich an der weiteren Planung von Festaktivitäten beteiligen wollen. Für die Erarbeitung des Konzeptentwurfs stellt das Stadtteilmanagement eine Person zur Verfügung. (8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 16. Beschlussfassung zur Reparatur von Parkbänken und Müllgefäßen im Justitia-Park im Hohentor

Jens Oppermann (SPD) stellt den Antrag, den letzten Satz im vorliegenden [Beschlussvorschlag](#) zu streichen, da nicht bereits vorab eine Finanzierung durch den Beirat suggeriert werden solle.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag, mit dem Ergebnis, dass der letzte Satz des vorliegenden Beschlussvorschlages gestrichen wird. (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)

Beschluss: Die Neustadtwallanlagen sind ein beliebter Aufenthaltsort für Bürger*innen in der Neustadt. Ein Teil dieses Grünzugs ist der Justitiapark im Hohentor. Nun sind aber in diesem Park die Bänke durch Alter und Umwelteinflüsse nicht mehr gut zu nutzen. Das Holz ist aufgeraut, teils beschädigt und teils mit Moos bewachsen. Eine Sanierung der Bänke ist erforderlich. Auch die Müllgefäße sind nicht mehr einwandfrei zu nutzen und müssen überholt bzw. repariert werden, z.B. hängt ein Müllgefäß neben einer Bank nur noch schräg in seiner Halterung. Der Beirat Neustadt bittet UBB (Umweltbetrieb Bremen), die Bänke und die Müllgefäße in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. (einstimmig)

TOP 17. Nachbenennung eines Mitgliedes der SPD-Fraktion in den Lenkungsausschuss „Stadtteilmanagement Neustadt“

Abstimmung: Der Beirat wählt Hadis Halep (SPD) in den Lenkungsausschuss „Stadtteilmanagement Neustadt“. (8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 18. Verschiedenes

-